

## **Neue EU-Vorschriften zur Künstlichen Intelligenz: Sicherheit und Schutz im Fokus**

Das neue EU-KI-Gesetz tritt in Kraft, um KI-Anwendungen sicherer und transparenter zu regeln. Was ändert sich für Verbraucher?

Das Inkrafttreten des neuen Gesetzes über Künstliche Intelligenz (KI) der Europäischen Union am Donnerstag hat weitreichende Konsequenzen, die sowohl für Technologieanbieter als auch für Verbraucher von Bedeutung sind. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Vorgaben in nationales Recht zu überführen. Doch warum genau wird diese gesetzliche Regelung als notwendig erachtet und was ändert sich für die alltägliche Nutzung von KI?

### **Der Schutz der Bürger im Fokus**

Ein entscheidender Grund für die Einführung des KI-Gesetzes ist der Schutz der Grundrechte und der Privatsphäre der Bürger innerhalb der EU. Das Gesetz soll sicherstellen, dass KI-Systeme transparent, nachvollziehbar und umweltfreundlich sind. Ein Aspekt, der besonders betont wird, ist die menschliche Aufsicht über KI-Systeme. Dies zielt darauf ab, technologische Überwachung zu vermeiden und die Entscheidungsfreiheit der Menschen zu gewährleisten.

### **Verbraucherschutz durch klare Regeln**

Die neuen Vorschriften bringen spezifische Änderungen für Verbraucher mit sich. So wird die Verwendung von

Gesichtserkennungstechnologien im öffentlichen Raum stark eingeschränkt und sogar verboten. Auch Emotionserkennungstechnologien am Arbeitsplatz oder in Bildungsinstitutionen werden nicht akzeptiert. Ein weiteres Ziel ist es, dass Verbraucher auf einen Blick erkennen können, wo KI eingesetzt wird. Die Kennzeichnungspflicht der KI-Anwendungen fördert das Bewusstsein und ermöglicht einen verantwortungsbewussteren Umgang.

## **Das Risiko als entscheidendes Kriterium**

Die Regelungen des Gesetzes klassifizieren KI-Anwendungen in unterschiedliche Risikokategorien. Insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitswesen oder der kritischen Infrastruktur müssen Anbieter hohe Anforderungen erfüllen. Hochriskante Systeme, die als Bedrohung für Menschen identifiziert werden, erhalten zudem eine Frist von gerade einmal sechs Monaten, um die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Die Verantwortung der Mitgliedsstaaten, diese Regelungen rechtzeitig umzusetzen, ist von enormer Tragweite.

## **Strafmaßnahmen bei Verstößen**

Die Einhaltung dieser Vorschriften wird strikt überwacht. Bei Nichteinhaltung drohen empfindliche Strafen: Unternehmen, die gegen die Bestimmungen verstoßen, können mit Bußgeldern von bis zu 35 Millionen Euro oder bis zu sieben Prozent ihres weltweiten Jahresumsatzes bestraft werden. Diese finanziellen Anreize sollen sicherstellen, dass die Vorschriften ernst genommen werden und Unternehmen sich aktiv an die neuen Standards halten.

## **Ein Gesetz im Wandel der Technik**

Da die Technologie sich rasch entwickelt, gibt es bereits Diskussionen darüber, ob das Gesetz nicht bald obsolet sein könnte. Kritiker befürchten, dass die Vorschriften schnell

veraltet sein könnten, wenn sie nicht regelmäßig an die technischen Gegebenheiten angepasst werden. Die EU-Kommission hat jedoch angekündigt, die Liste der „hochriskanten“ Anwendungen mindestens einmal jährlich zu überprüfen, um der Dynamik der KI-Entwicklung Rechnung zu tragen.

## **Der Weg nach vorne**

Die Einführung des KI-Gesetzes der EU ist ein wichtiger Schritt in der Regulierung von Technologien, die unseren Alltag zunehmend prägen. Die konkreten Änderungen werden schrittweise wirksam, wobei wichtige Vorgaben bereits bald in Kraft treten müssen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Mitgliedsstaaten die Anforderungen umsetzen und welche Auswirkungen dies auf die Innovation und Entwicklung von KI-Anwendungen haben wird. Der Balanceakt zwischen Regulierung und Förderung von Innovation ist entscheidend für eine zukunftsorientierte Technologiepolitik in Europa.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**